

Der Rundbrief

für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 10/24 (Nr. 16) am 01.05.24

Nächstes Treffen des Ortsverbandes:

Wir sehen uns am 16. Mai um 18 Uhr

Der ver.di Ortsverein trifft sich im Mai am Donnerstag, 16.5.24, um 18:00 Uhr im ver.di Haus in Saarbrücken, parken auf dem ver.di Parkplatz hinter dem Haus über die Hafenstraße ist möglich.

Auf der Maisitzung wollen wir unsere Arbeit ein wenig bewerten und reflektieren. Diesmal haben wir uns keine Referenten eingeladen und vielleicht möchten einige Kolleginnen und Kollegen auch die sehr erfolgreiche Veranstaltung mit den Kollegen Urban und Hirschel vom 23. April besprechen.

Beraten werden wir unseren Beitrag in der Kampagne „Das Saarland bleibt bunt – Aktionstage für eine offene und demokratische Gesellschaft.“ Dazu hat das Bündnis „Bunt statt Braun“ aufgerufen und wir waren auf dem Vernetzungstreffen am 19.4. durch einen Kollegen vertreten. Wir schlugen vor, am 23. Mai, an dem Tag wurde vor 75 Jahren das Grundgesetz verabschiedet, Aktionen durchzuführen. Wir als Gruppe wollen uns dabei in erster Linie mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes befassen. Bereits in der Präambel des Grundgesetzes ist die zentrale Verpflichtung des Staates zum Frieden enthalten. Die Pflicht, „dem Frieden der Welt zu dienen“, entspringt der Erfahrung, dass Deutschland die Verant-

wortung für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts trägt. Diese Grundverpflichtung zum Frieden wurde in Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrages von 1990 für Gesamtdeutschland erneut betont: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“
Nachdenkenswertes Wort in einer Zeit der Kriege und der Hochrüstung.

Wir waren dabei

Das war unser 1. Mai 2024

Rund 3000 Teilnehmer meldeten die Medien an Demonstration, Kundgebung und Maifest in Saarbrücken. Am Mittwoch zog ein langer Demonstrationszug durch Saarbrücken hinauf zum Schloss, wo auf den Schlossplatz die Kundgebung stattfand.

Mitten im Zug auch die Kolleginnen und Kollegen der ver.di. Erstmals war die neue Trommlergruppe der ver.di Betriebsgruppe bei der AWO dabei. Für die Ausstattung hatten sich auch unsere Gruppenvertreter im Bezirksvorstand eingesetzt. Wir waren schon ein wenig



stolz, dass nun nach der IG Metall Trommelgruppe „Samba Balawaa“ auch bei ver.di getrommelt wird. Das kann die Demonstrationskultur beleben.

Mehr als 3.000 Menschen nahmen in Saarbrücken an der zentralen Maiveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Saarland teil.

Timo Ahr, stellvertretender Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland, unterstrich in seiner Rede den Anspruch der Gewerkschaften, den Strukturwandel mit seinen besonderen Herausforderungen im Saarland „aktiv gestalten“ zu wollen.

Die von Arbeitgeberverbänden und politischen Kreisen vorgetragene Kritik am Streikrecht wertete er als „eine Kampfansage an Alle“. Ahr wörtlich: „Legt man die Hand an das Streik-



recht, legt man die Hand an die Demokratie und das werden wir nicht zulassen!“

Für Ahr sei es „höchste Zeit für eine Tarifwende“, denn weniger Tarifbindung bedeute in Deutschland rund 43 Milliarden weniger Sozialversicherungsbeiträge, rund 27 Milliarden weniger Einkommenssteuer sowie eine um 60 Milliarden niedrigere Kaufkraft. Er hob hervor: „Für unsere Gesellschaft entsteht dadurch ein jährlicher Gesamtschaden von 130 Milliarden Euro, und das in Zeiten klammer Kassen. Das





können wir uns nicht leisten!“ Von der europäischen Mindestlohnrichtlinie, die nationale Aktionspläne in den Ländern vorschreibe, in de-



nen die Tarifbindung wie in Deutschland unter 80 Prozent liegt, erwarte er „ordentlich Rückenwind, um politischen Druck für eine Tarifwende aufzubauen“. Auch sprach er sich für Abrüstung aus.

Ralf Reinstädtler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sagte, die Ziele des diesjährigen Mottos könnten durch mehr Tarifbindung erreicht werden. Er zeigte sich besonders beeindruckt von der Tarifbewegung im öffentlichen Dienst, die eine deutliche Lohnerhöhung durchgesetzt habe. Er ordnete die Situation für den Wirtschaftsstandort

Deutschland und die damit verbundene Aufgabe der Gewerkschaften folgendermaßen ein: „Die Transformation ist die größte ökonomische und gesellschaftliche Herausforderung dieses Jahrhunderts. Ob im Saarland oder in ganz Deutschland – wir wollen sie gemeinsam mit den Beschäftigten fair, ökologisch und demokratisch gestalten. Unsere klare Forderung an Politik und Unternehmen lautet deshalb: Arbeitsplätze erhalten, Zukunft gestalten!“ Und hinsichtlich der Demokratie brachte er unter





Beifall den Wunsch der Beschäftigten auf den Punkt. „Die Demokratie darf nicht am Werkstor enden.“ Ferner plädierte sehr eindeutig für mehr Diplomatie in den kriegerischen Ausein-



andersetzungen dieser Tage. Auch unser Ortsverband war stark vertreten und stellte ganz bewusst die Friedensfrage in den Mittelpunkt. Die Ausgaben für Rüstung und Militär erreichten laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) im vergangenen Jahr 2.400 Milliarden Dollar, das sind 200 Milliarden mehr als im Jahr davor. Wir sollen kriegstüchtig werden, dazu muss die Zivilgesellschaft einbezogen werden, damit die

Nato-Truppen schnell an die Ostfront verlegt werden können. Selbst die Reparatur der Autobahnbrücken erfolgt unter dem Gesichtspunkt der geplanten



Truppenbewegungen und auch der Flughafen Saarbrücken ist Teil des Konzeptes. So werden gerade aktuell im Rahmen der Militärübung „Quadriga“ auch Soldaten über den Flughafen Saarbrücken nach Osteuropa verlegt. Irgendwoher muss dieses Geld kommen - wir müssen nicht raten, die Zeche sollen wir bezahlen, das heißt kein Geld für arme Kinder, für Gesundheit und Krankenhäuser, für Bildung und Verkehr. Die arbeitenden Menschen



werden nicht nur auf den Schlachtfeldern verbluten. In den Medien werden die selbsternannten Experten immer deutlicher: Butter und Kanonen wird es nicht geben, es heißt entweder oder.



Was lehrt uns die Geschichte?

2. Mai 1933 - Die Gewerkschaften wurden zerschlagen

Es war pünktlich um 10 Uhr an jenem 2. Mai 1933, als in ganz Deutschland die Büros des ADGB (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund) und der ihm angeschlossenen Gewerkschaften durch die SA besetzt wurden.

Funktionäre der NSDAP und der NSBO (NS-Betriebszellen-Organisation) übernahmen kommissarisch die Leitung – und nicht zuletzt die Kassen – der Freien Gewerkschaften. Die Sekretäre und Angestellten wurden verhaftet. Die Aktionen gegen die Gewerkschaften, in denen noch etwa vier Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert waren, trafen auf wenig Widerstand. Die Gewerkschaften waren selbst nicht bereit, zum Kampf gegen die Hitler-Regierung zu mobilisieren. Die leitenden Funktionäre meinten, die Nazis würden die Gewerkschaften als Organisation erhalten, wenn sie bereit wären, sich in den Dienst des neuen Staates zu stellen.

Als die Hitler-Regierung Mitte April den ersten Mai zum gesetzlichen Feiertag, zum „Tag der nationalen Arbeit“, verfälschte, war es nach diesen vorhergehenden Erklärungen kaum noch ein Wunder, dass auch die Gewerkschaften begeistert diese Kröte schluckten. Aus dem 1. Mai wurde eine Demonstration für nationalistische Parolen.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften war lange geplant. Nach einer Unterredung mit Hitler notierte Propagandaminister Joseph Goebbels am 17. April 1933 in sein Tagebuch: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden wir dann die Gewerkschaftshäuser besetzen. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksichten nehmen. Sind die Gewerkschaften in unserer Hand, dann werden sich auch die anderen Parteien und Organisationen nicht mehr lange halten können“.

„Das Kapitel marxistischer Arbeiterverhetzung ist abgeschlossen“, propagierte Robert Ley der sogenannten Deutschen Arbeitsfront (DAF) auf einer Kundgebung am 4. Mai 1933. „Nachdem die Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften im Volke und besonders in der Arbeiterschaft einen ungeheuren Widerhall gefunden hat, sahen sich der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gewerkschaftsring Deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker), der Gewerkschaftsbund der Ange-

stellten und andere kleinere Verbände unter dem Druck der gewaltigen Volksbewegung genötigt, schriftlich zu erklären, dass sie sich bedingungslos dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unterstellten und vorbehaltlos die Anordnungen des von ihm berufenen Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit befolgen werden.“

In den „Grundsätzlichen Gedanken über den ständischen Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront“ (*Völkischer Beobachter vom 8. 6. 1933*) gab Ley die „ständischen“ Ziele der Nationalsozialisten nach Vernichtung der legalen Arbeiterorganisationen programmatisch bekannt. Leys Programm war:

- Der Kampf für höhere Löhne wird den Arbeitern verboten, weil er nur ein Ausdruck der „Geldgier“ ist.
- Das „Führertum“ der Unternehmer im Betrieb wird uneingeschränkt hergestellt. Dr.

STOLPERSTEINE FÜR FRITZ DOBISCH, PETER ROTH UND WENDEL SCHORR



In Gedenken an Fritz Dobisch, Peter Roth und Wendel Schorr hat Gunter Demnig im April 2011 drei Stolpersteine vor dem Saarbrücker Rathaus verlegt.

Fritz Dobisch musste für seine Arbeit als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sterben. Peter Roth und Wendel Schorr bezahlten ihre Tätigkeit in der damals verbotenen Kommunistischen Partei mit ihrem Leben. Für Interessierte werden ihre Lebensläufe im Eingangsbereich des Rathauses ausgehängt.

Ley sagte: „Deshalb wird der ständische Aufbau als erstes dem natürlichen Führer eines Betriebes, das heißt dem Unternehmer, die volle Führung wieder in die Hand geben und damit auch die volle Verantwortung aufladen. Der Betriebsrat eines Werks besteht aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern. Jedoch hat er nur beratende Stimme. Entscheiden kann allein der Unternehmer. Viele der Unternehmer haben jahrelang nach dem 'Herrn im Hause' gerufen. Jetzt sollen sie wieder 'Herr im Hause' sein ...”

- Die „starren“ Tarifverträge der Vergangenheit sollen zertrümmert werden. Sie müssen „so lebendig und beweglich wie möglich sein“.
- Den bisherigen Arbeitsgerichten wird der letzte Schein der Unabhängigkeit genommen. An ihre Stelle treten so genannte „Standesgerichte“, denen neben Unternehmervertretern ausgesuchte Faschisten in der Maske von Arbeiter- und Angestelltenvertretern angehören werden.

Die Aktion gegen die Gewerkschaften wurde möglich, weil führende Sozialdemokraten und ADGB-Gewerkschafter noch auf die Verfassung setzten oder Ergebnisseadressen an



die neuen Machthaber sandten als schon der Terror die Straße regierte. In einem Aufruf vom 19. April begrüßte der ADGB-Vorstand sogar die Absicht der Faschisten, den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ zu erklären. Obwohl große Teile der Mitgliedschaft gemeinsame Kampfaktionen gegen die sich ankündigende Zerschlagung der Gewerkschaften forderten, blieben die entscheidenden Gewerkschaftsführer bei ihrer Kapitulationspolitik. Die Zerschlagung bzw. Gleichschaltung der gewerkschaftlichen Organisationen war die Folge.

Die Gewerkschaften an der Saar verfolgten die Ereignisse im Reich mit Sorgen. Hilfen für die inhaftierten Kollegen im Reich wurden organisiert, die Solidarität mit den exilierten Gewerkschaftern war gefragt, Unterkünfte und Ar-

beitsmöglichkeiten waren zu organisieren.

Nach der Zerschlagung im Reich versuchten die Nazis, das Verbot und die Beschlagnahme des Verbandsvermögens

auch an der Saar durchzusetzen, da die Saar-Gewerkschaften ja Bezirksverbände der reichsweiten Gewerkschaften seien. Fritz Dobisch und Kollegen organisierten umgehend Bezirkskonferenzen und beschlossen die Selbstständigkeit der saarländischen Gewerkschaften.

Viele Gewerkschafter nahmen den Kampf für eine freie deutsche Saar auf. Nach dem im Juli 1934 geschlossenen Einheitsfrontabkommen von KP und SP schlossen sich im Spätherbst auch die ADGB-Gewerkschaften mit den oppositionellen RGB-Verbänden zusammen. Man empfahl eine Stimmabgabe für den Status quo. Bekanntlich haben die Antifaschisten die Abstimmung verloren.

In Saarbrücken erinnert eine Straße an den letzten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar. Der im bayrischen Nördlingen geborene Dobisch kam durch Heirat nach Bous und 1930 durch die Wahl zum ersten Vorsitzenden des ADGB nach Saarbrücken. Er leistete Widerstand und kämpfte für den gegen den Anschluss des Saargebietes an Hitler-Deutschland. Das Ergebnis der Saarabstimmung zwang ihn ins luxemburgische Exil. Nach der Besetzung Luxemburgs endete Dobisch nach mehreren Gefängnisaufenthalten im KZ Buchenwald, wo er am 7. Juli 1941 ermordet wurde. 1986 benannte man die Sophienstraße in Fritz-Dobisch-Straße um.

Es darf nie wieder eine solche Niederlage der Arbeiterbewegung geben, der Faschismus darf nie wieder sein Haupt erheben! Die Einheitsgewerkschaften sind aus den Erfahrungen der Nazizeit entstanden. Ihr antifaschistisches Engagement ist wesentlich für den erfolgreichen Widerstand gegen Nazis, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

In Gedenken an den 02. Mai 1933 und dessen Folgen auch im Saarland sowie dem abermaligen Erstarken rechtsextremer Kräfte in unserer Gesellschaft, hält der ver.di-Bezirk Region Saar Trier eine Mahnwache in Saarbrücken ab. Beginn ist am 02.05.2024 um 16:00 Uhr in Saarbrücken, vor der Bahnhofstraße 80.



Bunt statt Braun-Kampagne

Das Friedensgebot des Grundgesetzes

Das Bündnis Bunt statt Braun Saarland hat vom 23. Mai bis zum 2. Juni 2024 zur Kampagne „Das Saarland bleibt bunt – Aktionstage für eine offene und demokratische Gesellschaft.“ der ver.di Ortsverein ist dabei. Wir rufen für den 23. Mai zur Aktion in die Saarbrücker Bahnhofstraße.

Am 23. Mai begeht die Bundesrepublik Deutschland den 75. Jahrestages der Grundgesetzes. Ungeachtet des Umstandes, dass durch die verschiedenen Änderungen bestimmte Kerninhalte verändert (verschlimmbessert) wurden, ist das die Grundlage unseres Gemeinwesens. Bunt statt braun, das heißt, wir verteidigen die im Grundgesetz verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze.

Wir haben im Bündnis für den Tag vorgeschlagen eine Straße der Demokratie darzustellen. Die unterschiedlichen Grundrechte und Grundprinzipien bieten unterschiedliche Zugänge für unterschiedliche Gruppen und Organisationen, indem in Bezug auf das Grundgesetz, die Notwendigkeit der Verteidigung dieser Grundrechte betont wird.

Wir beginnen diese Straße der Demokratie bewusst an der Stele für die bekannten AWO-Funktionärinnen Marie Juchacz und Johanna Kirchner, die in der Saarbrücker Bahnhofstraße ein Lokal für Emigranten betrieben. Diese Widerstandskämpferinnen betrieben

aktive Asylpolitik für die im faschistischen Deutschland Verfolgten und kämpften gegen rechts und waren an den Kämpfen der Einheitsfront, dessen Abkommen sich dieses Jahr zum 90sten Mal jährt, beteiligt.

Der Ortsverein der ver.di wird sich mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes befassen und dabei besonders sich auf die Präambel korrespondierend mit Artikel 1 beziehen. Artikel 26 bzw. 4 oder 87 könnten ebenfalls Gegenstand dieser Betrachtung sein, ist aber aus Verständnisgründen möglicherweise zu weit gefasst und kann gerne von anderen Gruppen aufgegriffen werden.

Schon die Präambel des GG fordert von Deutschland, dem Weltfrieden zu dienen: „... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden

der Welt zu dienen“, habe sich das deutsche Volk per Verfassung „dieses Grundgesetz gegeben“. Zentral für das Friedensgebot ist weiterhin Art. 1 Abs. 2 GG, in dem sich Deutschland „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt. Zudem korrespondiert Art. 2 Abs. 2 („Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“) mit dem in Art. 6 des UN-Zivilpaktes verbrieften Recht auf Leben, das für die Vertragsstaaten unmittelbare Pflichten erzeugt.

Artikel 25 ist für das Friedensgebot ganz zentral: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie

gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Damit verpflichtet sich die BRD auf das Gewaltverbot der UN-Charta und alle weiteren in der Charta geregelten Vorschriften zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens

Weiterhin sehr bedeutsam für das Friedensgebot ist Artikel 26, der hier vollständig zitiert werden soll: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Genaueres soll am 3. Mai bei einem Treffen der Bündnispartner vereinbart werden. Wir werden berichten. Schon jetzt sind unsere Mitglieder aufgerufen, sich an der Aktion am 23. Mai von 14 bis 18 Uhr zu beteiligen.



Aus dem Landtag:

Bildungsfreistellung novelliert

Beschäftigte im Saarland haben künftig Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr, ohne dafür zusätzlich Erholungsurlaub nehmen zu müssen. Das gilt auch für Fortbildungen im Ehrenamt. Das neue Bildungs- und Freistellungsgesetz (SBFG) wurde am 24. April im Plenum des Saarländischen Landtags verabschiedet.

Der neue Anspruch auf fünf Tage bezahlten Bildungsurlaub gilt in Zukunft schon nach sechs Monaten im Betrieb, nicht wie bisher nach einem Jahr. Bisher hatten Arbeitnehmer nur Anspruch auf mehr als zwei Tage

Bildungsurlaub, wenn sie dafür auch eigenen Erholungsurlaub eingebracht hatten.

Weiterbildungsveranstaltungen, für die sich die Beschäftigten freistellen lassen, müssen mindestens sechs Unterrichtsstunden umfassen - können aber mit einem entsprechenden didaktischen Konzept auch online stattfinden.

Das Gesetz wurde mit den Stimmen der SPD beschlossen, CDU und AFD votierten dagegen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Saarland sieht darin einen großen Erfolg der

Recht
hast Du

Nimm
Bildungs-
urlaub!



Gewerkschaftsbewegung, wie Timo Ahr, stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz / Saarland, feststellte:

„Der DGB und unsere Mitgliedsgewerkschaften sind stolz, dass diese überfällige Novelle des SBFG endlich da ist, denn sie ist auch unserer Beharrlichkeit geschuldet. Damit reiht sich das Saarland wieder in die Gruppe der überwiegenden Mehrheit der Bundesländer ein, die ebenfalls fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr zulassen.“

30. April 24:

Der Bezirksvorstand tagte im April

Unser Kollegin Monika Guss und der Kollege Michael Quetting nahmen am 30. April in



Saarbrücken an einer Tages-sitzung des ver.di-Bezirksvorstandes teil. Insgesamt standen neun Punkte auf der Tagesordnung, dazu jede mengen Zahlen zur Finanzsituation, zur Mitgliederentwicklung

und zur Haushaltsplanung. Eine Besonderheit war, dass die Vorsitzende Susanne Kasztantowicz den Stellvertretenden Vorsitzenden unseres Dachverbandes DGB Rheinland-Pfalz-Saarland, Timo Ahr, als Gast begrüßen konnte.



Er schilderte wie der DGB aktuell versucht, seine Strukturen auf die aktuellen Anforderungen anzupassen und welche inhaltliche Fragen dabei angegangen werden. Wir brachten auch unsere Sicht dabei ein, betonten die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen den Auf-rüstungskurs und der Bedeutung des Kampfes für mehr Demokratie, die



nicht hinter dem Betriebstor enden dürfe. Kollege Timo betonte die Wichtigkeit des Kampfes für Frieden und Demokratie, er sein nicht für die Herstellung einer Kriegstauglichkeit. Im Gewerkschaftsbericht ging es über aktuelle Tarifikämpfe bis hin zum Kampf für ein neues SPersVG. Diskutiert wurde wie man Antworten auf die zunehmenden Fragmentierungen der Belegschaften findet, um die gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Breiten Raum nahm dabei die Sonderstellung der Beamten ein. Aufgestellt wurde der neue Haushaltsplan und eine neue Form der Arbeitsplanung vorgestellt, die man im Herbst auf einer Klausur erarbeiten will. Einem Antrag aus dem Kampagnenfond für den Aufbau einer Aktivenstruktur an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der htw wurde einstimmig entsprochen.